

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,66 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Griech-Duischer)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Rebation und Erpeditio:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 32.

Berlin, Mittwoch, 21. April 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Reichsversicherungsordnung. — Ein trauriges Kapitel aus der Arbeiterbewegung. — Soziales und Wirtschaftliches vom türkischen Reich. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Die Reichsversicherungsordnung.

b) Die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

Die Invaliden- und Altersversicherung soll wesentliche Änderungen nicht erfahren. Nur der Kreis der Versicherungspflichtigen ist etwas weiter ausgedehnt worden, dadurch daß die Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, ferner Personen, die als Bühnen- oder Orchestermitglieder und Angestellte, die mit einer ähnlich gehobenen Tätigkeit im Hauptberufe wie Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker beschäftigt werden, der Versicherungspflicht künftig unterliegen sollen. Völlig entspricht auch mit dieser Abänderung der Kreis der Invalidenversicherungspflichtigen nicht demjenigen der Krankenversicherungspflichtigen. Eine weitere Neuerung des Entwurfs ist die sogenannte freiwillige Zusatzversicherung, die den Zweck verfolgt, mehr als bisher den Mittelstand und das Handwerk zu veranlassen, von dem Rechte der freiwilligen Versicherung Gebrauch zu machen. Die Zusatzversicherung ist so gedacht, daß versicherungspflichtige und versicherungsberechtigte Personen, um sich für den Fall der Invalidität eine Zusatzrente zu der einfachen Invalidenrente zu sichern, zu jeder Zeit und in beliebiger Zahl Zusatzmarken in Höhe von 1 M. in die Quittungskarte einzuliefern. Ob das Ziel, die kleinen Gewerbetreibenden für die Selbstversicherung zu interessieren, auf diesem Wege erreicht wird, will uns zweifelhaft erscheinen. Von der Anfügung neuer Lohnklassen und der Angliederung der Versicherung der Privatangestellten wird in dem Entwurf abgesehen. Es bleibt in dieser Beziehung alles beim alten. Auch von einer Erhöhung der Invalidenrenten ist nicht die Rede, ebensowenig wie man die Grenze für die Altersrente von 70 Jahren herabgesetzt hat.

Ein ganz neuer Versicherungszweig, den man der Invalidenversicherung angefügt hat, ist die Hinterbliebenenversicherung. Auf Grund des Zolltarifgesetzes vom Jahre 1901 ist die Regierung bekanntlich verpflichtet, eine solche Versicherung am 1. Januar 1910 in Kraft treten zu lassen. Zu ihrer Durchführung sollten die Mehrerträge aus den erhöhten landwirtschaftlichen Zöllen verwandt werden. Nun aber sind nennenswerte Mehrerträge nicht erzielt worden, jedenfalls nicht entfernt soviel, wie notwendig sind, eine Hinterbliebenenversicherung zu schaffen. Deshalb hat, wie schon mehrfach von uns erwähnt worden ist, die Regierung auf diese Grundlage verzichtet. Die Kosten der Versicherung sollen vielmehr von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen getragen werden. Das Reich selbst wird dazu einen festen jährlichen Zuschuß leisten.

Wenn man auch es durchaus billigen kann, daß eine solche Versicherung nicht auf einer schwankenden Grundlage aufgebaut wird, so zeigt dieser Plan der Regierung doch, wie gründlich man feinerzeit die Arbeiterschaft über das Ohr gehauen hat, als man ihr mit der einen Hand die Lebensmittel verteuerte und mit der anderen Hand eine

Hinterbliebenenversicherung in Aussicht stellte. Hier Zuderbot, dort Peitsche!

Daß man Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit zu den Kosten der Versicherung heranzieht, wird damit begründet, daß auf diese Weise der Versicherung der Charakter der Armenunterstützung genommen werde. Auch die eigene Verantwortlichkeit des Familienhauptes für die Zukunft seiner Hinterbliebenen werde dadurch nicht geschwächt. Aber auch die Arbeitgeber müßten beteiligt werden aus demselben Grundgedanken heraus, der deren Heranziehung zu den Kosten der Invalidenversicherung veranlaßt hat. Wie der Arbeitgeber dort für die im natürlichen Verlauf der Dinge eintretende Invalidität des Arbeiters und für die Wirkungen des zunehmenden Alters mit einzustehen habe, so hier für die Folgen des Todes.

Bezüglich der Höhe der Hinterbliebenenrenten betont die Begründung ausdrücklich, man dürfe nicht allzuviel erwarten; es handle sich um einen ersten Schritt, der auch dann, wenn er klein ist, ein außerordentlicher Fortschritt sei, für den es in der Gesetzgebung anderer Länder noch kein Vorbild gibt. In der Tat sind denn auch die Bezüge, die man den Hinterbliebenen in Aussicht stellt, sehr niedrig. Die Witwenrente soll drei Gehälter derjenigen Summe ausmachen, die dem Grundbetrage und den Steigerungszügen der Invalidenrente entspricht, die dem Verstorbenen zur Zeit seines Todes zuzuwachsen oder im Falle der Invalidität zuzugewachsen hätte. Die Waisenrente soll bei einem Vorhandensein einer Witwe drei Zwanzigstel und für jede weitere Witwe ein Vierzigstel dieser Beträge ausmachen. Dazu kommt dann noch der Reichszuschuß für jede Witwenrente in der Höhe von 50 M. und für jede Waisenrente von 25 M. jährlich. Nach der Begründung würde danach im Durchschnitt eine Witwenrente 117,60 M., die Waisenrente beim Vorhandensein von einer Witwe 58,80 M., von zwei Witwen 89,40 M. usw., beim Vorhandensein von 8 Witwen 473 M. betragen. Dabei wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der Gesamtbetrag der an die Waisen einer Familie zu zahlenden Renten nicht höher werden darf, als die Invalidenrente des verstorbenen Ernährers. Witwen- und Waisenrente zusammen sollen das Anderthalbfache der Invalidenrente des verstorbenen Ernährers nicht übersteigen dürfen. Würden also mehr als acht Waisen zurückbleiben, so würde eine Kürzung der Witwen- und Waisenrente vorgenommen werden.

Die oben angeführten Zahlen sind, wie gesagt, Durchschnittszahlen. Die niedrigste Witwenrente würde sich auf 72,60 M., die niedrigste Waisenrente bei einem Kind auf 36,60 M. jährlich belaufen. Aber auch diese niedrigen Summen werden nur erreicht von den Hinterbliebenen von Verstorbenen, die der Versicherungspflicht unterliegen. Bei der Selbstversicherung und Weiterversicherung sollen die den Pflichtbeiträgen entsprechenden Witwen- und Waisenbezüge nur zur Hälfte gewährt werden.

Großes Befremden wird es weiter erregen, daß nicht jede Witwe eine Rente erhalten soll, sondern lediglich Witwen, die selbst dauernd invalide sind, und solche, die während 26 Wochen infolge von Krankheit invalide gewesen sind, für die weitere Dauer ihrer Erwerbsunfähigkeit. Die Waisenrente

soll den hinterbliebenen ehelichen Kindern eines männlichen und den hinterlassenen vaterlosen Kindern einer weiblichen Versicherten gewährt werden. Auch den zurückgelassenen ehelichen Kindern einer versicherten Ehefrau, die den Lebensunterhalt der Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten hat, wird für die Dauer der Bedürftigkeit der Anspruch der Waisenrente zugesichert. Uebrigens soll auch der bedürftige Witwer eine Rente erhalten, wenn seine Ehefrau stirbt und sie den Lebensunterhalt wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes ganz oder überwiegend hat bestreiten müssen.

Unterliegt die Ehefrau selbst dem Versicherungszwange, so fällt im Falle des Todes des Ehemannes die Witwenrente weg, da für die Frau bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit die Invalidenrente in Kraft tritt. Um aber trotzdem den Frauen den Anreiz zur Fortentrichtung der Beiträge auch während der Ehe und im Witwenstande nicht zu nehmen, sollen die beitragsabgebenden Witwen beim Tode des Mannes eine einmalige Barzuwendung in Gestalt eines Witwengeldes erhalten. Dieses Witwengeld setzt sich zusammen aus 50 M. Reichszuschuß und aus dem zwölfwachen Monatsbetrage der Witwenrente. Ferner sollen die derjenigen Witwen, die zur Zeit der Vollendung des 15. Lebensjahres der Kinder eine Invalidenrente beziehen oder darauf Anwartschaft haben, eine Waisensteuer erhalten, die aus 16% M. Reichszuschuß und dem achtfachen Monatsbetrage der bezogenen Waisenrente besteht.

Die Beiträge zur Hinterbliebenenversicherung sollen, wie bereits früher mitgeteilt, als Zuschläge zu den Invalidenversicherungsbeiträgen erhoben werden. Infolgedessen werden die Quittungsmarken der Lohnklasse I um 2, der Klasse II um 4, der Klasse III um 6, der Klasse IV um 8 und der Klasse V um 10 Pf. erhöht, so daß sich künftighin die Wochenbeiträge auf 16, 24, 30, 38 und 46 Pf. belaufen werden.

Wenn sich eine Witwe oder ein Witwer wieder verheiratet, so fällt die Rente fort. An irgend eine Abfindung, wie man sie beispielsweise bei der Unfallversicherung vorgesehen hat, wird in dem Entwurf nicht gedacht.

Dies dürften so die wichtigsten Bestimmungen der geplanten Hinterbliebenenversicherung sein. Der Gedanke, der dabei zum Ausdruck kommt, ist zweifellos ein guter, und der Wunsch, den Witwen und Waisen möglichst hohe Renten zu gewähren, sicherlich allgemein. Deshalb werden die Renten in der vorgesehenen Höhe auch wohl auf starken Widerspruch stoßen. Aufgabe des Reichstages wird es sein, zu prüfen, ob nicht diese Renten erhöht werden können. Denn in der geplanten Höhe sind sie unannehmbar. Wenn es denn durchaus sein muß, sollte man lieber die Beiträge zur Versicherung etwas höher ansetzen. Doch darüber ein anderes Mal!

Ein trauriges Kapitel aus der Arbeiterbewegung.

Fest und geschlossen steht das Unternehmertum zusammen. Seine Verbände, obgleich viel jüngeren Datums als die der Arbeiterschaft, sind festgefügt und zeigen in den wirtschaftlichen Kämpfen eine Schlagfertigkeit, wie sie die Arbeiterschaft

oft nicht aufzuweisen vermag. Der Grund hierfür liegt darin, daß gewisse Elemente die Arbeiterschaft zu politischen und religiösen Nebenwegen sich nutzbar zu machen verstanden haben, daß es ihr dadurch an der nötigen Einheitslichkeit fehlt. Diese betrübende Erscheinung wirkt so unangenehmer, als die verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung, anstatt freundschaftlich nebeneinander zu marschieren, die geschäftlichen Kämpfe gegeneinander mit vergifteten Waffen führen. Welche Mittel dabei zur Anwendung kommen, das zeigt ein Vorgang, der sich gelegentlich der Aeltestenwahl im Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum im September des Jahres 1904 zugetragen hat und jetzt ein recht eigenartiges Nachspiel gefunden hat. Unmittelbar vor jener Wahl wurde gegen den damaligen Vorsitzenden des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter, den Landtagsabgeordneten Aug. Brüst, folgendes Flugblatt verbreitet:

Achtung! Gewerkevereinsmitglieder! Achtung! Der Vorsitzende unseres Gewerkevereins, August Brüst, hat von den Grubenbesitzern am Dienstag, den 6. d. M., zur Felohnung für Mühewaltung bei Bekämpfung der oppositionellen Aeltesten sowie des alten Bergarbeiterverbandes 30 000 Mark zur persönlichen Verfügung erhalten. Wir Mitglieder des Gewerkevereins protestieren ganz entschieden gegen diesen Arbeitererrat unseres Vorsitzenden Brüst und bitten selbigen, sein Amt sofort niederzulegen, um unseren Gewerkeverein vor dem Untergang zu retten. Unser Gewerkeverein ist doch nicht dazu da, den Grubenbesitzern beizuhelfen und Brüst zu einem reichen Mann zu machen. Brüst hat uns arme Mitglieder für 30 000 Mark verraten, ist zum Verräter am Verräter unseres Gewerkevereins geworden.

Ein Vorstandsmitglied des christlichen Gewerkevereins.

Dieses Flugblatt trug weiter eine Unterschrift, noch den Namen des Druckers. Es wurde den Vertrauensleuten des sozialdemokratischen alten Verbandes zugefandt mit folgendem Begleitschreiben, auf dem ebenfalls der Name des Druckers fehlte:

Bester Kamerad! Da unsere Ausschussmitglieder womöglich die Bekanntschaft beiliegender Mitteilung verweigern, so eruchen wir Dich, Kamerad, das Schriftstück an geeigneter Stelle zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Ein Vorstandsmitglied des christlichen Gewerkevereins.

Es wurde also gegen den christlichen Führer Brüst ein Vorwurf erhoben, wie er schlimmer einem Arbeiterführer nicht gemacht werden kann, und dieser Vorwurf mußte einen um so stärkeren Eindruck machen, als angeblich ein Vorstandsmitglied des christlichen Gewerkevereins ihn erhob.

Dem christlichen Verbandsrat war die Sache natürlich überaus unangenehm und er legte sofort eine Belohnung von 500 Mk. für die Entdeckung des Verbreiters dieses Flugblattes und eine solche von 200 Mk. für die Angabe der in Frage kommenden Druckerei aus. Trotz alledem gelang es nicht, Licht in diese dunkle Angelegenheit zu bringen. Erst jetzt glaubt man den Tätern auf die Spur gekommen zu sein. Die letzte Nummer des „Bergknappen“, des christlichen Organs, teilt nämlich mit und will vor Gericht beweisen, daß der Beamte des sozialdemokratischen Verbandes, Johann Götte, der Verbreiter jenes Flugblattes gewesen sei. Auch der Vorsitzende des alten Verbandes, der Reichstagsabgeordnete Sachse, habe vor der damaligen Aeltestenwahl von der Verbreitung gewußt und den Täter gefannt. Von dem damaligen Verbandsredakteur, dem jetzigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sue, sei dem Götte erklärt worden, daß, wenn er wegen der Verbreitung jenes Flugblattes „gefißt“ würde, er Geld erhalten müsse, damit er nach Amerika ausreisen könne. Götte habe direkt im Auftrage der Leitung des alten Verbandes gehandelt. So sicher fühlt sich der „Bergknappe“ seiner Sache, daß er die bloßgestellten Verlonen zu einer Beleidigungsklage auffordert, damit er Gelegenheit hat, vor Gericht den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu erbringen.

Gegen diese schweren Beschuldigungen hat nun der Vorstand des sozialdemokratischen alten Bergarbeiterverbandes eine Erklärung losgelassen, in welcher er sagt:

„Die vom „Bergknappen“ gewünschte Klage wird von uns sofort beanlagt werden. Das besagte Flugblatt ist weder von der Verbandsleitung, noch mit deren Wissen, auch nicht in der Druckerei des Verbandes hergestellt. Als Sachse in Vuchshausen am Sonntag vor der Knappschaftswahl das erste dieser Flugblätter von Spaniol zugestiftet bekam, war Sachse außer sich, schickte sofort Spaniol nach Oberhausen zurück, daß er die Verbreitung des Flugblattes verhindern sollte. Sachse eilte sofort nach dem nächsten Postamt und despatchierte nach Gelsenkirchen, daß die nach dort gesandten Flugblätter auch nicht verbreitet werden sollten. Als sich herausstellte, daß Sachsens Despatche zu spät nach Gelsenkirchen kam, die Verbreitung also erfolgt sei, hat der Verbandsvorstand sofort ein Flugblatt an alle Zahl-

stellen erlassen, in welchem aufgefodert wurde, das Flugblattchen beiseite zu legen, es nicht zu verbreiten. So viel für heute. Einzuzufügen wollen wir nur noch, daß Spaniol das Flugblatt geschrieben hat, und er es auch war, der erzählte, daß ihm von christlicher Gewerkevereinsseite mitgeteilt sei, daß Brüst 30 000 Mark von den Grubenherren erhalten habe. Später mehr.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter
L. Sachse.

Die Richtigkeit dieser Erklärung vorausgesetzt, würden die Vorwürfe gegen Sachse in sich zusammenfallen. Geleugnet werden kann aber nicht, daß das Flugblatt von einem Beamten des Bergarbeiterverbandes verfaßt und verbreitet worden ist, denn Spaniol war zu jener Zeit beim alten Verbandsrat angestellt. Ob dieser Beamte aber Spaniol oder Götte heißt, ist für die Sache selbst gleichgültig. Auf alle Fälle wirft der Vorgang ein grolles Schlaglicht auf die Kampfweise, die zwischen beiden Organisationen angewandt wird. Volle Klarheit wird in wohl die Gerichtsverhandlung bringen, der man mit Spannung entgegensehen darf. Bedauerlich aber bleibt es jedenfalls und zur Hebung des Ansehens der Arbeiterorganisationen trägt es sicherlich nicht bei, wenn derartig unverlässliche Mittel gegen einander zur Anwendung gelangen.

Soziales und Wirtschaftliches vom türkischen Reiche.

Ueber die wirtschaftlichen und sozialen Zustände im türkischen Reiche sind wir nur schlecht unterrichtet. Die Statistik, das erste Erfordernis zur Erkennung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, wird noch sehr wenig angewandt, und die ganze Organisation des Staates ist noch im Rückstand. Bei allen staatlichen Einrichtungen fehlt die zielbewusste, rationale Leitung oder auch, nur eine gewisse bürokratische Tradition; dagegen spielt überall der Pachtgeist, das Bestechungsgeld, die erste Rolle. Die oberen Beamten suchen aus den unteren Beamten Geld herauszuziehen, und die untere Beamtenenschaft muß sich an der Bevölkerung schadlos halten. Dieses Bedrückungssystem ist auch mit daran schuld, daß die Bevölkerung träge und gleichgültig gegen alle Neuerungen und gegen bessere Arbeitsmethoden bleibt. Was nicht es dem türkischen Bauer, daß er durch fleißige Arbeit auf seinen Feldern einen größeren Ertrag herauszuziehen sucht, wenn ihm dieses Mehrerträgnis durch den Steuereintnehmer wieder weggenommen wird, und warum soll er größere Sorgfalt an die Aufsicht des Viehes verwenden, wenn ihm dieses Vieh dann doch wieder fortgenommen wird. So ist es gekommen, daß die große Masse der Bevölkerung in einen immer größeren Fatalismus hineingewachsen ist, nur noch für das Heute lebt und nicht an den kommenden Tag denkt.

Entsprechend dieser ganzen Lebensansichten und der Zurückhaltung der Energie und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts werden in der Türkei alle Arten des Erwerbs noch in der primitivsten Weise betrieben. Trotz des besten Bodens, und obgleich in vielen Bezirken die besten Voraussetzungen für eine intensive Landbebauung gegeben sind, ist der Ertrag überall sehr gering. Der Boden gibt meistens noch nicht den fünften Teil dessen, was bei nur mittelmäßigem Betriebe geerntet werden könnte. Auch das Handwerk wird noch in uralter Weise betrieben: auf offener Straße oder im dichten Gedränge des Bazars, mit den einfachsten und schlechtesten Werkzeugen und in unregelmäßiger Tätigkeit. Die Industrie steckt noch in den ersten Anfängen, und nur dort, wo Fremde dahinter stehen, sind für die industrielle Entwicklung erfolgsprechende Ausrichtungen vorhanden.

Mit der langsamen Entwicklung in der Türkei hängt auch der schlechte Zustand der Verkehrsmitel zusammen. Das türkische Reich hat nur gegen 3000 Kilometer Eisenbahnen, und auch dieses Eisenbahnnetz kann nicht richtig ausgenutzt werden, weil es an Zubehörsverfahrswegen fehlt, an Chaußeen und Nebenbahnen, die den Hauptbahnen Güter zuführen und die einen leichteren Austausch der Produkte gestatten.

Es liegt in der ganzen Zusammensetzung des türkischen Reiches, daß dort der asiatische Einfluß mit seinen zur allgemeinen Stodung und Fäulnis führenden Wirkungen immer noch von größter Bedeutung ist als der europäische Einfluß. Während die europäische Türkei 169 000 Quadratkilometer umfaßt — das ist noch nicht ganz der dritte Teil des Deutschen Reiches —, nimmt die asiatische Türkei einen Raum von 2 817 000 Quadratkilometer ein. Die asiatische Türkei ist beinahe 17mal so groß wie die europäische Türkei und mehr als 5mal so groß wie das Deutsche Reich; auf dem Boden der europäischen wohnen gegen 6 Mil-

lionen Bewohner, in der asiatischen Türkei ungefähr 18 Millionen.

Trotz des langsamen Vordringens im türkischen Wirtschaftsleben und trotz des geringen Reichtums haben in den letzten Jahrzehnten die deutschen Interessen in der Türkei doch eine große Bedeutung gewonnen. Nach der Denkschrift des Reichsmarineamts über die deutschen Seereferenzen vom Jahre 1905 waren im Jahre 1904 in der Türkei 300—350 Millionen Mark Kapitalien von Deutschen angelegt. In Eisenwaren und Maschinen ist die deutsche Einfuhr ganz bedeutend gestiegen; dadurch ist besonders die belagische Einfuhr zurückgedrängt worden. Neben Eisenbahnmaterialien und landwirtschaftlichen Maschinen liefern deutsche Industrielle besonders Geschütze, Gewehre und Munition. Deutsche sind es auch, die schon seit länger als einem halben Jahrhundert in Palästina Kolonisation treiben. Diese Kolonisten, die Nachkommen schwäbischer Bauern, haben in der Hauptsache die Lebensweise aus der früheren Heimat beibehalten, und wenn sich diese Kolonisten in Palästina auch nicht das gelobte Land schaffen konnten, wie es sich die ersten Einwanderer aus Schwaben errichten wollten, so haben sie doch durchweg eine geordnete Existenz und sind, weil gute Steuerzahler, auch im Lande der Palästina angesehen Leute. Durch die Einführung der Konstitution im vorigen Jahre schienen die ersten Voraussetzungen für eine gesunde Weiterentwicklung in der Türkei gegeben zu sein. Hoffentlich glückt es der jetzigen Gegenrevolution nicht, die erzielten Fortschritte wieder zu beseitigen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 20. April 1909.

Eine große Kundgebung, die der Pflege und Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England gilt, wird am 2. Mai in London stattfinden. Am 20. September vorigen Jahres besuchte, wie erinnerlich, eine Deputation englischer Arbeitervertreter Deutschland und veranstaltete auch mit uns im Verbandsbureau eine machtvolle Friedensdemonstration. Der Eindruck, den diese Veranstaltung machte, war bei allen Teilnehmern ein gewaltiger. In der Antwortadresse, die untermierlets den englischen Gästen überreicht wurde, war auch eine Erwiderung ihres Besuches in Aussicht gestellt worden. Dieses Versprechen soll demnächst eingelöst werden. Unter Führung des Verbandsvorsitzenden Kollegen Karl Goldschmidt geht in der nächsten Woche eine Deputation nach England, die aus führenden Gewerkevereinskollegen besteht, um auf englischen Boden dem Ausdruck der Friedensliebe der deutschen Arbeiterschaft erneuten Ausdruck zu verleihen.

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht in Bosen, die vergangene Woche stattfanden, haben unserem Verein der Deutschen Kaufleute einen erfreulichen Erfolg gebracht. Auf seine Liste entfielen 314 Stimmen, die ihm zwei Beisitzer sichern. Die polnische Liste vereinigte 467 Stimmen und erhielt damit 3 Beisitzer. Die Deutsch-Nationalen mit 53 und der Reichzigei Verband mit 62 Stimmen fielen schlank durch. Der Wahlkampf wurde bei aller Heftigkeit doch sachlich geführt. Vediglich den Deutsch-Nationalen blieb es vorbehalten, durch ein Flugblatt den Boden der Sachlichkeit zu verlassen. Mit welchem Erfolge, zeigt am besten das Resultat. Hoffentlich ist der Ausfall der Wahl für die Bosenen Kollegen ein neuer Ansporn, für die Sache der Deutschen Gewerkevereine mit Eifer und Energie zu agitieren; hoffentlich wirkt aber auch das Vorgehen der Kaufleute vorbildlich für die Kollegen in den anderen Berufen, damit es gelingt, unserer Bewegung in Bosen wieder diejenige Stellung zu verschaffen, die sie befehlen hat und die ihr ihrer Geschichte und Bedeutung nach zukommt.

Arbeitsmarktstatistik in Bayern. An den Erhebungen für die Arbeitsmarktstatistik in Bayern, pro 1. Quartal 1909, beteiligten sich von den hierbei in Frage kommenden Ortsvereinen unserer Organisation 39, mit insgesamt 3600 Mitgliedern. Bemerkenswert sei dabei, daß die Erhebungen nur in 16 größeren Städten Bayern veranstaltet werden, wo wir wiederum nur in 9 Städten Ortsvereine haben. Aus unseren Reihen waren im Laufe des Quartals arbeitslos 156 Mitglieder. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Tage betrug in dieser Zeit 3172, wovon für 2125 Tage eine Unterstützung in Höhe von 3740 Mk. gezahlt wurde. Außerdem wurden noch an Reiseunterstützung gezahlt 100 Mk.

Wenn es auch wiederum einige Ortsvereine unterlassen haben, die ihnen zugefandten Zählkarten ausgefüllt zurückzufandten, so ist die Beteiligung doch als eine gute und rege zu bezeichnen.

An die Säumigen aber sei auch an dieser Stelle das dringende Ersuchen gerichtet, im nächsten Quartal ihren Verpflichtungen nach dieser Richtung hin besser nachzukommen. F. G.

Wie man sozialpolitische Maßnahmen bereitet, zeigt folgender Anschlag, der die Fabriklore der „Rheinischen Stahlwerke“ zu Weidenich zielt.

Bekanntmachung!

Bezugnehmend auf die bereits erlassene Bekanntmachung der neuen Bundesratsverfügung wird in Zukunft denjenigen Arbeitern, denen jeitler für die Schicht 1 Schicht und 2 Stunden vergütet wurden, für die Folge nur eine Schicht mit 10 Stunden angeordnet werden, wodurch wir eine Lohnreduzierung um 10 Prozent eintreten lassen müssen.

Diese Aenderung tritt mit dem 15. April d. J. in Kraft.

Rheinische Stahlwerke, den 1. April 1909.

Die Direktion.

Offenbar glaubt man durch solche Schmälerung des Verdienstes die Arbeiter selbst gegen die Sozialpolitik scharf machen zu können. Wahrlich, wir sind herrlich weit gekommen, wenn schon jene zahnne Bundesratsverfügung über die Zustände in der Großeisenindustrie solche Maßnahmen zeitigt!

Arbeiterbewegung. In der Bewegung der Bauklemptner ist keine Aenderung eingetreten. — Zwischen den Bauanschlägern und den Arbeitgeberern ist eine Art Waffenstillstand geschlossen worden. Von der 10prozentigen Lohnreduktion wird einstweilen Abstand genommen, die Arbeiter arbeiten unter den früheren Bedingungen weiter, und inzwischen soll in neuen Verhandlungen versucht werden, bis zum 1. Mai einen Tarif zum Abschluß zu bringen. — Der Streik der Malzer und Schweißkesselarbeiter in der Eisenschmelzerei von Hoffmann u. Moser bei Eberswalde dauert unbeeinträchtigt fort; der Betrieb kann nur mit Mühe mangelhaft fortgeführt werden. Die Situation hat sich für die Arbeiter dadurch erheblich verbessert, daß eine große Zahl der Ausständigen anderweitig Beschäftigung gefunden hat. — Die Hagen-Grünthaler Eisenwerke haben am 15. April etwa 200 Arbeiter gekündigt, weil die Hammerhämmer infolge einer Lohnherabsetzung die Arbeit einstellen. — Die Schöpfungsmacher in Würzburg sind in eine Bewegung eingetreten und haben den Unternehmern einen Lohnarif nebst Arbeitsordnung eingereicht. — In Hannover-Linden sind die Klemptner und Installateure in den Streik getreten, da die Unternehmer sich geweigert haben, mit ihnen einen Tarifvertrag abzuschließen.

Auf den großen amerikanischen Seen sind gegen 10000 Schiffsmaschinen, Feiger und Verleger in den Ausstand getreten, weil der Unternehmerverband die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen will.

Christlich-soziale Heuschrecke. Seit Jahren versuchen die christlichen Gewerkschaften im Bunde mit der christlich-sozialen Partei Einfluß auf die evangelischen Arbeitervereine zu gewinnen, um dort ihre Hintertreppchenpolitik zu betreiben. Ein solcher Versuch ist kürzlich auch in Essen unternommen worden, wo man, wie auch an anderen Orten, einen „Sozialen-Ausschuß“ gebildet hat zur Einigung der „christlich-nationalen“ Arbeiterkraft bei sozialen Wahlen. Die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine erkannten aber bald die wahren Absichten der christlichen Drahtzieher, daß man sie nur als Mittel zum Zweck der christlichen Gewerkschaften und Zentrums-politik gebrauchen wollte. So wurde denn am 4. April in der Generalversammlung des evangelischen Arbeitervereins Essen-Pöfsterhausen der Antrag auf Austritt aus diesem „christlich-sozialen Ausschuss“ gestellt und auch mit großer Majorität angenommen.

Nun aber kannte die Wut der christlich-sozialen Mächer keine Grenzen mehr. Ein Herr Schede erklärte sofort seinen Austritt aus dem Verein, ein klarer Beweis, daß der Herr nur im Verein war, um für die christlich-sozialen Bestrebungen Propaganda zu machen. Das schönste aber folgte erst nach. Im „Saarbrücker Tageblatt“, tief unten im Saarrevier, erschien ein Artikel: „Ein Kirch-Dunderjchen Gewerkschaftssekretär als Beschützer der „gelben“ Gewerkschaft.“ In diesem Nachwerk wird behauptet, daß der Kollege Lange-Essen den Antrag damit begründete, daß der soziale Ausschuss bei der Kruppischen Kranken-kassenwahl den „Nationalen Metallarbeiter-Verband, Werk Krupp“, angegriffen habe. Das ist eine bewußte Verdrehung der Tatsachen. Kollege Lange hat lediglich behauptet, daß der „Soziale Ausschuss“ ohne Wissen und Einverständnis der Vorstände der evangelischen Ar-

beitervereine von Essen die Namen dieser Vereine im letzten Augenblick vor der Wahl mißbraucht hat. Ferner wurde von ihm mit Recht darauf hingewiesen, daß durch eine solche Sänblungsweise Arbeiter, die ebenfalls auf nationalem Boden stehen, wie die Kirch-Dunderjchen Gewerkschaften und die Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins, die im Nationalen Verein“, also einer politischen Organisation, die von der christlich-sozialen Partei und deren Gewerkschaft nichts wissen wollen, zurückgestoßen würden. Eine Unwahrheit ist es weiter, wenn in dem Artikel behauptet wird, daß ein „gelber Gewerkschaftler“ den Antrag auf Austritt unterzeichnet hat. Der angeblich „Gelbe“ ist nur Mitglied des „Nationalen (politischen) Vereins“, und dieser Verein hat nichts mit dem „Verein Werk Krupp“ zu tun.

Das Eine zeigt der Artikel jedenfalls, daß die Christlichen zur Erreichung ihrer unlauteren Zwecke selbst vor Verdrehungen der Tatsachen nicht zurückstehen. Die evangelischen Arbeiter werden deshalb gut tun, auf diese Eigenschaften zu achten und ihre Schlüsse daraus zu ziehen. In Essen haben sie größtenteils ihre Konsequenz daraus gezogen und diesem „Sozialen Ausschuss“ den Rücken gekehrt. Andererseits haben die Kirch-Dunderjchen Gewerkschaften durch ihre Beschlüsse und ihr Verhalten bisher stets bewiesen, daß sie die „Gelben“ nicht beschützen, sondern sie bekämpfen als eine nationale Gefahr. S. L.

Der Bau- und Sparverein zu Brandenburg a. H. hielt am 31. März seine diesjährige Generalversammlung ab. Da der Verein auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte, gab der Kassierer, Fabrikbesitzer Reichig, einen Rückblick über die Entwicklung und Tätigkeit des Vereins. Aus demselben ist zu entnehmen, unter wie schwierigen Verhältnissen es möglich war, die Baugenossenschaft auf die jetzige Höhe zu bringen. Als in den 90er Jahren ein starker Wohnungsmangel herrschte, so daß Arbeiterfamilien in Notquartieren und Ställen untergebracht werden mußten, taten sich Bürger aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammen und gründeten im September 1898 den Bau- und Sparverein, um vor allem Arbeiterwohnungen zu bauen. Der Vater des Gedankens, Stadtkonduktors Dr. Mayer, jetzt Stadtrat in Danzig, hat mit seinen Ideen Anklang gefunden. Es wurde am Jakobsweg ein Grundstück zum Preise von 27000 Mk. erworben, so daß am 1. Juli 1899 bereits 40 Wohnungen bezogen werden konnten. Nach und nach ist das Grundstück weiter bebaut, und heute hat der Verein 12 Häuser mit 120 Wohnungen darauf zu verzeichnen, welche einen Bauwert von 406000 Mk. haben, worauf 280000 Mark Hypotheken ruhen. Die Bilanz des Geschäftsjahres 1908 ergab einen Ueberschuß von 3668 Mk. Es konnte demnach zum ersten Male eine 3 1/2 prozentige Dividende unter den Genossen verteilt werden. Auch die Mitgliederzahl ist im letzten Jahre um 17 gestiegen, wonach am 31. Dezember 1908 289 Genossen vorhanden waren, welche Anteile in Höhe von 73249,24 Mark haben, ein Zeichen, daß sich der Gedanke der Baugenossenschaften immer mehr Bahn bricht zum Wohle der Arbeiterchaft Brandenburgs. Sch.

Zum „Gewerkschaftsfrieden“ zwischen den christlichen Organisationen und den katholischen Fachabteilungen veröffentlicht die auf christlichem Boden stehende „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ einen Brief als Beweis dafür, daß von einem Frieden nicht die Rede sein könne. Die katholischen Fachabteilungen wollen nichts davon wissen, während der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ der Friede nur angenehm und erwünscht wäre. Der Brief, den ein Mitglied des christlichen Bauhandwerkerverbandes, namens Moser in Reinerz in Schlesien, der zugleich Mitglied des dortigen „Reinerz“ Arbeitervereins ist, erhielt, hat folgenden Wortlaut:

Reinerz, den 18. Januar 1909.

In der Annahme, daß Sie selbst Ihre Tätigkeit als „christlicher“ Gewerkschaftler und als deren Agitator als unvereinbar mit Ihrer Zugehörigkeit zum hiesigen katholischen Arbeiterverein erachten und demgemäß freiwillig Ihren Ausschluß aus letzterem beantragen würden, habe ich bisher Ihren Ausschluß aus hiesigem Arbeiterverein nicht veranlaßt. Nach dem bisher Vorausgegangenem darf ich nun wohl für Ausschließen aus unserm Verein als geschehen ansehen und bitte nur noch um Begleichung des restierenden Vierteljahrsbeitrags (95 Pf.) an Herrn Strachelek, dem Sie auch Ihr Mitgliedsbuch ausändigen wollen.

Der Vorstand
i. B.: C. Ruschel, Kaplan,
zurzeit Geschäftsführer.

Stempel
Kath. Arbeiterverein Reinerz
(Kreis Glatz) Berliner Verb. Bd.

Also weil Moser Mitglied der christlichen Gewerkschaft ist, kann er nicht länger Mitglied im katholischen Arbeiterverein sein. Das Christentum, das die eine Richtung vertritt, verträgt sich offenbar nicht mit demjenigen der anderen. Welches ist nun das richtige? Im übrigen erinnert der Brief lebhaft an das Verhalten der katholischen Arbeitervereine in den Disziplinen Nachen und Naderborn, in denen man die Gewerkschaftler, die zugleich Mitglied in jenen Vereinen waren, vor die Alternative stellte, entweder aus dem Gewerkschaft oder aus den katholischen Arbeitervereinen auszuscheiden. Die Christlichen haben sich darüber feinerzeit höchlichst gefreut; jetzt haben sie selbst darunter zu leiden.

Obiger Brief läßt allerdings auf alles andere eher schließen als auf ein innigeres Freundschftsverhältnis zwischen Christlichen und katholischen Fachabteilungen. Trotz alledem verdienen uns Kollegen, welche die Verhältnisse ziemlich genau kennen, daß in der Tat Strömungen vorhanden sind, die auf einen solchen Gewerkschaftsfrieden hinarbeiten.

Der Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften in Berlin veranstaltet am Sonntag, den 25. April, nachmittags 5 Uhr, im grünen Saale des Verbandsaufhuses, Greifswalderstr. 221/23, eine Agitationsversammlung zu dem Zwecke, weitere Preise der Berliner Kollegen für die Bestrebungen des Diskussionsklubs zu interessieren und zu gewinnen. Namentlich den jüngeren Mitgliedern kann deshalb der Besuch dieser Versammlung nur gelegentlich empfohlen werden. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Kollegen Paul Krüger, Vorsitzenden des Gewerkschafts der Deutschen Schneider, der als Sachkenner einen „Streikzug in das Gebiet der Heimindustrie“ unternommen wird. Nach Erledigung der Tagesordnung findet ein gemütliches Beisammensein mit Tanz statt. Ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Alle Kollegen und Kolleginnen sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Gewerkschafts-Zeitung.

Siberach a. N. Am Sonntag, den 21. März, hielt der Ortsverband eine außerordentliche Versammlung ab, in welcher der Arbeitersekretär, Kollege Fuchs-Cannstatt-Stuttgart, ein Referat über: „Unser württembergisches Arbeitersekretariat“ hielt. Vorher hatte schon eine Versammlung der Textilarbeiter stattgefunden, in der Kollege Fuchs den Anwesenden mancherlei gute Anregungen für eine erfolgreiche Agitation gegeben hatte. In der Ortsverbandsversammlung gab der Referent einen Uebersicht über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter in früheren Zeiten bis zur heutigen Entwicklung, die die großkapitalistische Produktion gezeitigt hat. Gerade die Behandlung des Arbeiters zurzeit der jetzigen wirtschaftlichen Krise sollte denselben mehr zum Nachdenken bewegen. Es sei kaum glaublich, wie leichtfertig der unorganisierte Arbeiter sich auf die bestehende Staatshilfe verlasse, die Selbsthilfe aber mißachte. Diese Selbsthilfe, wie sie in der Organisation verkörpert wird, hätten sich die Arbeitgeber viel wirksamer zunutze zu machen verstanden. Sie schließen sich zusammen, ohne Rücksicht auf politische oder konfessionelle Weltanschauungen, während die Arbeiterschaft dadurch zersplittert werde. Daher auch die Ohnmacht der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern! Uebergehend auf die Gründung des Arbeitersekretariats, erläuterte Kollege Fuchs sodann die Pflichten des Arbeitersekretärs den Kollegen gegenüber, sowie auch die Pflichten der Kollegen dem Beamten gegenüber, und richtete an die noch ausstehenden Ortsvereine das Ersuchen, dem Sekretariat ebenfalls beizutreten, zugleich an die Opferwilligkeit der Kollegen appellierend. Die trefflichen Ausführungen fanden ungeteilten Beifall.

Kollegen! An Euch liegt es jetzt, das Geschaffene zu erhalten und zu fördern, und die noch aufstehenden Ortsvereine zum Beitritt zu bewegen. Wir haben einen tüchtigen Kollegen an der Spitze des Sekretariats der gern bereit ist, überall, wo man ihn in wichtigen Angelegenheiten wünscht, seine Person in den Dienst unserer guten Sache zu stellen. Hoffen wir, daß sämtliche württembergischen Ortsvereine dem Sekretariat in Wärme beitreten; denn nur durch Einigkeit kann Erfolg leicht erzielt werden. Durch fleißige Bedenken finanzieller Art darf die Arbeit für die Bestrebungen der Deutschen Gewerkschaften nicht gehemmt werden. W. R.

S Leipzig. „Vollstündliche Rechtspflege“ lautete das Thema, über welches in der letzten Ortsverbandsversammlung Herr Landrichter Probus-Oehmisch einen interessanten Vortrag hielt. Der Redner gab zunächst ein übersichtliches Bild über unsere bestehende Gerichtsorganisation, insbesondere über die der Strafgerichte und das Verfahren bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen. Er erörterte sodann eingehend die Ursachen der Unpopulartät unserer Rechtspflege, vor allem der Strafrechtspflege. Mit den Verbesserungen, die der dem Reichstag vorliegende Entwurf einer neuen Strafprozedurordnung in verschiedenen Richtungen bringe, der Einschränkung der Untersuchungschaft, der Erweiterung der Verteidigungsrechte, der Ein-

Verbands-Zeil.

Arbeitersekretariat Frankfurt a. M.

Mit dem 1. April habe ich den Posten als Leiter des Sekretariates übernommen, welches von den Ortsverbänden Frankfurt a. M., Worms und Mainz mit dem Sitz in Frankfurt errichtet worden ist. Es wurde mit dieser Einrichtung ein Wunsch erfüllt, den zahlreiche Kollegen innerhalb dieser Ortsverbände schon seit Jahren hegten.

Schüler an Schüler sollen innerhalb unseres Wirkungskreises sämtliche Verufe arbeiten, um das Gebiet dem Gewervereinsgedanken weiter zu erschließen. Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn die Kollegen nicht müßig die Hände in den Schoß legen, weil sie glauben, mit der Anstellung eines Arbeitersekretärs ihr Ziel erreicht zu haben.

Kollegen, wer so denkt, kommt nicht auf seine Rechnung. Denn nichts kann der Sekretär erreichen, wenn ihm die Kollegen nicht treu zur Seite stehen und tüchtige Pionierarbeit in der Bewegung leisten. Im Gegenteil! Ein jeder muß sich bewußt sein, daß jetzt eine Zeit gekommen ist, welche höhere Anforderungen an die Werbestraft und den Opfermut des einzelnen stellt. Nur wenn diese Erkenntnis überall Platz greift und Opfer und Mühen mit Freude getragen werden, dann kann und wird der Erfolg nicht ausbleiben. Aber noch eines ist zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten notwendig, die gegenseitige Aufriktigkeit. Wenn in irgend einer Frage Meinungsverschiedenheiten auftauchen, so soll man sich offen und ehrlich darüber aussprechen. Damit aber muß die Sache auch erledigt sein. Alle Meinungen und Quertreibern müssen vermieden werden. So habe ich es bisher gehalten, und so darf ich es auch von den Kollegen erwarten. Wer da glaubt, irgendwie Kritik üben zu müssen, der tue es frei und offen dem gegenüber, den es angeht, aber nie hinter seinem Rücken. Das sind wir uns als Männer schuldig. Nur dadurch kann auch die Arbeitsfreude gehoben werden. Kollegen, mit diesen Grundsätzen wollen wir unsere Arbeit, die sicherlich keine leichte ist, beginnen. Jedenfalls werde ich alles daran setzen, um unsere Bewegung zu fördern und den Anforderungen der einzelnen Kollegen gerecht zu werden.

Gleichzeitig möchte ich die Gelegenheit benutzen, um den Kollegen vom Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Kaiserslautern, deren Bezirksleiter ich bis dahin war, für ihre treue Mitarbeit herzlich zu danken. Aufrichtiger Dank auch nochmals für die erhebende Abschiedsfeier und das schöne Andenken, das mir die Kollegen mit auf den Weg gegeben haben. Ich hege nur den einen Wunsch, daß ich in meinem neuen Wirkungskreise ebenso überzeugungs- treue und arbeitsfreudige Kollegen finde, wie in Kaiserslautern, denen ich nochmals ein herzliches Lebewohl zurufe. Den Kollegen meines jetzigen Bezirkes aber ein wohlgemeintes Glück auf zu zahlloser und erfolgreicher Arbeit!

Alle Anfragen und Sendungen sind bis auf weiteres zu richten, an

J. Walzer,
Frankfurt a. M., Edenheimerlandstr. 119.

Berlin.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewervereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewervereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Mittwoch, 21. April. Vortrag d. Koll. Gierlich über: „Die Reichsversicherungsordnung.“ - **Gewervereins-Redertafel (G.-D.).** Jed. Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Übungsstunde

im Verbandshaus der Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. - **Distriktsklub Noabtt.** Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Kadau, Waldstr. 58. - **Freiwirtschaftlicher Distriktsklub Berlin.** Bildert. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. - **Sonnabend, 21. April.** **Maschinenbau- u. Metallarbeiter V.** Abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung, Konigsplatz Sanssouci, Kottbuscher Str. 6. 1. Wahl des Schriftführers. 2. Generalrats-Protokolle. 3. Abrechnung vom Maschinenbau. - **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221/223. Vortrag d. Koll. Molter über: „Wohnungsleben u. Bodenreform.“ - **Maschinenbau- u. Metallarbeiter IX.** Abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung, Stettinerstr. 50. - **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8-10 Uhr, Zahlabend bei Krull, Putzstr. 51. - **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIII.** Abends 8-10 Uhr, Zahlabend bei Kadau, Waldstr. 58.

Leipzig. Deutsche Handelskammerarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Heller“, Lindenau, Bübenerstraße, statt.

Orts- und Bezirksverbände.

Nachen (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Leudter, Ecke Samsenauplatz und Jägerstraße. - **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Sittmanns Hotel, Boollstr., Distriktsstunde. (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pactor, Kaiser Wilhelmstraße 77. - **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. - **Gagen u. Hagen (Distriktsklub).** Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Berggraben-Ecke. - **Alzu (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Ballet Kolping“, Eltergasse. - **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pactor, Kaiser Wilhelmstraße. - **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Josefamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. - **Mährischer Kreis (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Wölter, Sandstraße 38. - **Gotthaus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Vertreterstr. 120. - **Leipzig (Gewervereins-Redertafel).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stammgeborene Mitglieder sind herzlich willkommen. - **Witzgenfeld a. G. (Gesangsabteilung der Gewervereine).** Übungsstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2-11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schäfersstraße. Gesangsliebende Gewervereinskollegen stets willkommen. - **Lüdenscheid (Ortsverband).** Sonntag, 2. Mai, nachm. 5 Uhr im lokale des Herrn Schulte, Altrögenrahmede, Ortsverbandversammlung. - **Neckermünde u. Umgegend (Ortsverb.).** Sonntag, 25. April, nachmittags 3 Uhr, Verbandsversammlung in Eggstein, Gasthaus zur Randow.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Duisburg. Arbeitersekretariat der Deutschen Gewervereine, Ruhrtorstr. 85 VI. Dasselbst Arbeitsnachweis und Ausgabe der Verpflegungskarten.
Thorn (Goldarbeiter) S. Freiba, Schriftführer, Thorn-Kulmer-Borslabt, Grenzstr. 7.

führung der Berufung gegen die Strafkammerurteile u. a. werde allein noch nichts erreicht; der innerliche Grund der mangelnden Vollständigkeit unserer Strafrechtspflege liege weniger noch an der bestehenden Organisation der Gerichte und dem geltenden Verfahren, als an den Strafgesetzen und den zahllosen Verordnungen von Verwaltungsbehörden, auf Grund deren strafgerichtliches Einschreiten erfolgen müsse. Dringend nötig sei vor allem eine Reform des veralteten Strafgesetzbuches, das in vielen Bestimmungen dem Rechtsempfinden des Volkes widerspreche und die Gerichte insbesondere bei Eigentumsvergehen, wenn Rückfall oder sonst erschwerende Momente vorliegen, oft dazu zwingt, Strafen auszumessen, die zu dem durch die Tat erlangten Vorteil in keinem Verhältnis stehen. Sollte übrigens die Rechtspflege in Strafsachen eine wahrhaft vollstümliche werden, so genüge es nicht, daß der Kreis der Strafsachen, zu denen Laien mit herangezogen werden, erweitert wird, sondern ein Haupterfordernis sei, daß bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen mehr als bisher auch der kleine Mittelstand und die Arbeitererschaft berücksichtigt würden. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit reger Aufmerksamkeit verfolgt und fand lebhaften Beifall.

§ Brimtenau. Eine sehr gut besuchte Monatsversammlung hatte unser Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter am Sonnabend, den 27. März, zu verzeichnen. Da zu dieser Versammlung der Kollege C. Erbzig, Göllich zu einem Vortrage gewonnen war und die Brudervereine der an sie ergangenen Einladung zahlreich Folge geleistet hatten, war der Saal und das angrenzende Zimmer bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten erteilte der Vorsitzende, Kollege Wagenknecht, dem Kollegen Herbig das Wort zu seinem Vortrage über: „Die Gewerkevereine in der Zukunft.“ Der Redner griff zunächst in die Vergangenheit zurück, schilderte das Entstehen der deutschen Arbeiterbewegung, die Gründung der Deutschen Gewervereine und ihre Entwicklung in den 40 Jahren ihres Bestehens. Er zeigte, wie sie zu jeder Zeit die Interessen der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete vertreten und ihren Anteil haben daran, daß die deutsche Industrie, die heute auf dem Weltmarkte eine der ersten Stellungen einnimmt, von Jahr zu Jahr immer mehr aufblühe und gediehe. Die Politik hat in den Gewerkevereinen, die politisch und religiös neutral sind, niemals eine Rolle gespielt, wohl aber sollten sich die Mitglieder außerhalb der Organisation politisch als Staatsbürger betätigen und versuchen, ihre Parteien für die Forderungen der Gewerkevereine zu interessieren. Der Vortragende schilderte weiter die in manchen Betrieben herrschenden Mißstände, für deren Beseitigung die Kollegen energisch eintreten sollen. Die Frauenarbeit in ihren Auswüchsen muß beseitigt werden; die Frau darf als Konturenrentin nicht den Lohn der Männerarbeit brüden oder diese gänzlich ausfallen. Vor allem muß aber jeder Kollege auf die Gewinnung neuer Mitglieder bedacht sein. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Organisationen müssen in sachlicherem und versöhnlicherem Tone ausgefochten werden; innerhalb der einzelnen Ortsvereine und Ortsverbände muß Einigkeit und Zusammenhalt herrschen; dann wird es auch vorwärts gehen. Mit einem anfeuernden Appell an die Vertrauensleute und Mitglieder schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen, an die sich eine rege Debatte anknüpfte. Zum Schluß brachte der Vorsitzende ein Echo auf die Deutschen Gewerkevereine aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmt.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

Weltanschauung und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksgenossen.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 8,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 46 Mk.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfadens für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.

Lübeck (Ortsverband). Alle durch- und zureichenden Kollegen erhalten 75 Pfg. Sofalanterstützung bei den Ortsvereinskassierern, für die fehlenden Berner beim Ortsverbandskassierer. Dasselbst werden auch Karten für die Herberge verabfolgt. Verkehrslokal bei S. Gurte, Stadestraße.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband). Reisunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerkevereiner beim Kollegen G. u. F. Pichel, Dauterstr. Nr. 85, Rothenbach i. Schl. Verbands-Herberge: Gasthof zum Klara-Schacht.

Leipzig-West (Ortsverband). Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerkevereinskollegen die Karten für das Ortsverbandsgelände bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Nachquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.

Kreisch (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten Abendrot, Nachlogis, Kaffee und Frühküd. Verpflegungskarten beim Kassierer G. Claufen, Kolontestr. 32.

Verbandsbureau der Deutschen Gewervereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Bestschrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl I. und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.

Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Girsch. 160x280 mm. Preis 50 Pfg.

Leitfaden zum Gewerkegerichtsgesetz von Dr. Max Girsch. Preis 30 Pfg.

Der geschichtliche Arbeiterkampf im Deutschen Reich von Dr. Max Girsch. Preis 80 Pfg.

Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkevereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine. - Bestschrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkevereine (Girsch-Dunder) von Dr. Max Girsch. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.

Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.